

# Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine Mann, der über 50 Jahre der Partei treu diente, der zur Versöhnung mahnte, der aber auch im rechten Moment «steinhart» sein konnte, ein Mann aus dem Volke für das Volk und mit dem Volk, wußte warum er seinen Mahnruf an uns übermittelte. Er verlangte denn auch in einem letzten Abschnitt seines wertvollen Artikels, daß der Funktionär sich bemühe herauszufinden, was den Mann und die Frau aus dem Volke bewege und erzeuge. Er müsse bemüht sein, zu ergründen, was diejenigen, die ihm die Aufgabe, das Mandat anvertraut haben, vom Staate und von der Gesellschaft denken. Er müsse einen Ueberblick über Zeiten und Zeiterscheinungen haben.

«Das alles darf nicht von oben herab im unguten Sinne geschehen, sondern muß aus dem Geiste der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Vertrauens herauswachsen.

## CHRONIK DES MONATS

VON DR. MARCEL BERTSCHI

### Innenpolitik

An ihren Zahlen sollt ihr sie erkennen: Nach Angaben der Eidgenössischen Alkoholverwaltung geben die Schweizer pro Jahr 1400 Millionen Franken für Alkohol, 300 Millionen Franken für Brot, 600 Millionen Franken für Milch und 700 Millionen Franken für das Schulwesen aus! Der Whiskykonsum hat sich innert der letzten sieben Jahre verfünffacht. Diesen Angaben ist wohl nichts mehr beizufügen.

Die gute Konjunktur läßt sich nicht zuletzt an der Zahl der Televisionskonzessionäre erkennen: Ende März gab es in der Schweiz deren 305 895. Wie viele davon die schweizerischen Sendungen verfolgen, ist nicht zu erkennen, daß aber immer mehr schweizerische Firmen im deutschen Fernsehen Reklamesendungen laufen lassen, läßt darauf schließen, daß etliche Schweizer «hin und wieder» den ausländischen Sender berücksichtigen und die heimische Fernsehproduktion verschmähen... woran das wohl liegt?

Am 1. Juni 1961 trat bekanntlich das Gesetz über die Bewilligungspflicht für den Erwerb von Grundstücken in der Schweiz durch Personen im Ausland in Kraft. Wie wirksam es bis anhin war, kann man folgenden Zahlen

des Jahres 1962 entnehmen: Es wurden 1680 Bewilligungen erteilt, die 4 789 000 Quadratmeter Land betrafen, und 197,7 Millionen Franken kosteten. Nicht bewilligt wurden 172 Gesuche für 687 700 Quadratmeter, die 35,5 Millionen Franken gekostet hätten!

Die Schweizerische Landwirtschaft, die sich nicht ungern in der Rolle der Garantin der Freiheit sieht, begehrt neue Interventionen. Diesmal soll der Geflügel- und Eiermarkt bewirtschaftet werden. In den letzten Jahren hat der Geflügelkonsum sehr stark zugenommen. Auch der Eierkonsum wurde gesteigert, jedoch profitierte davon weniger die einheimische als die ausländische Landwirtschaft, macht doch bei der Eierproduktion der Inlandanteil nur 55 Prozent, beim Schlachtgeflügel gar nur 21 Prozent aus. In letzter Zeit nahmen aber schweizerische Großproduzenten außerhalb landwirtschaftlicher Kreise mit den ausländischen, in erster Linie amerikanischen und dänischen Produzenten erfolgreich den Kampf auf, indem sie moderne Produktionsmethoden anwendeten. Diese einheimischen Großproduzenten landwirtschaftlicher Produkte sollen nun zurückgebunden werden; mit Abgaben auf der Importware will man ebenfalls den einheimischen Markt schützen. Mit höheren Subventionsverpflichtungen, mit höheren Lebensmittelpreisen, mit dem Unterbinden moderner Produktionsmethoden will die schweizerische Landwirtschaft einmal mehr sich «erfolgreich» in den Markt einschalten. Man darf auf die Reaktion gespannt sein, die der erste provisorische Gesetzesentwurf, den das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement den kantonalen Regierungen und den interessierten Verbänden zustellen ließ, hervorrufen wird.

Bitterer Zucker, das ist das Motto, das über der zweiten Zuckerfabrik in Frauenfeld stehen könnte. Nach dem Zuckerbeschluß von 1957 unterstützt der Bund die Zuckerfabrik Aarberg und die in nächster Zeit fertig erstellte Zuckerfabrik in Frauenfeld pro Jahr mit 6 Millionen Franken. Die Raffinerien müssen die Rüben zu kostendeckenden Preisen übernehmen, können aber den Zucker niemals mit Gewinn verkaufen, da der Weltzuckerpreis darunter liegt. Dazu kommt, daß die zweite Zuckerfabrik beinahe 100 Prozent teurer wird, als man ursprünglich annahm: Sie soll nun nämlich 60 statt 34 Millionen Franken kosten. Man rechnet deshalb mit Verwertungsverlusten von 12 bis 16 Millionen Franken pro Jahr. Es soll nun ein neuer Zuckerbeschluß erlassen werden, der jährliche Subventionen bis 15 Millionen Franken – in Ausnahmefällen bis 20 Millionen Franken – erlaubt. Man kann sich fragen, wie die schweizerische Volkswirtschaft diese Subventionen aufbringen wird, wenn die Konjunktur einmal ein wenig zurückgehen wird.

Die Bauvorhaben für 1963 sind gegenüber dem Vorjahr um über 12 Prozent auf 11,5 Milliarden Franken gestiegen. 1962 konnten Projekte

im Betrage von 8,5 Milliarden erstellt werden, Werke im Betrage von 1,7 Milliarden Franken mußten zurückgestellt werden. Es ist wohl unnötig, zu sagen, daß bei diesen Rückstellungen die öffentliche Hand prozentual mehr beteiligt war als die Privatwirtschaft,, obwohl das Nachholbedürfnis der öffentlichen Hand größer ist!

Die Regierungs- und Kantonsratswahlen in Zürich vom 28. April endeten mit einem für die Sozialdemokraten nicht durchweg erfreulichen Ergebnis: Regierungsrat Meierhans fiel als überzählig aus der Wahl. Die Wahlergebnisse werden gegenwärtig nochmals überprüft, da der neue Regierungsrat Bürigi (chr.) nur 280 Stimmen mehr erhielt. Sonst wurden alle bisherigen Regierungsräte in ihrem Amt bestätigt, für den altershalber aus der Regierung austretenden Jakob Heußler (BGB) wurde neu Alois Günthard (BGB) gewählt. Im Kantonsrat sind die einzelnen Parteien wie folgt vertreten: Sozialdemokraten 50 (bisher 49), Freisinnige 32 (33), BGB 34 (35), Christlichsoziale 23 (24), Landesring 18 (19), Evangelische 11 (8), Demokraten 10 (10), PdA 2 (2).

In Genf errangen die Sozialisten einen bedeutenden Sieg; sie erhielten nämlich 21 Sitze (bisher 12) des Gemeinderates, die PdA 16 (18), Liberale 15 (12), Radikale 15 (26), Unabhängige und Christlichsoziale 13 (12) Sitze.

Am 6. Mai unterzeichnete Bundesrat Wahlen in Brüssel die Beitrittsurkunde der Schweiz zum Europarat.

Am 8. Mai fällte das Bundesgericht einen aufsehenerregenden Entscheid: Der Große Rat des Kantons Waadt hatte am 5. Dezember 1962 ein Dekret erlassen, das den Abbruch von Wohnhäusern in Gemeinden verbietet, in denen Wohnungsnot herrscht. Abbrüche sind nur aus Gründen der Sicherheit, der Hygiene oder in Ausnahmefällen erlaubt. Die Staatsrechtliche Kammer hat nun eine staatsrechtliche Beschwerde gegen dieses Dekret abgewiesen und festgestellt, dieser Erlaß verletze den Vorrang des Bundesrechtes vor dem kantonalen Recht und die Eigentumsgarantie nicht. Am Bundesgericht scheinen fortschrittliche Richter Recht zu sprechen!

Der Ministerrat der EFTA, der vom 9. bis 11. Mai in Lissabon tagte, beschloß einen endgültigen Zeitplan für den Zollabbau auf Industrieprodukte. Auf den 31. Dezember 1963 wird der nächste Zollabbau von 10 Prozent in Kraft treten. Somit werden dann die Zölle auf 40 Prozent des bei der Gründung der EFTA festgesetzten Niveaus reduziert sein. Daß die Konsumenten aber bisher von diesen Zollsenkungen sehr profitiert hätten, das kann man beim besten Willen nicht behaupten. Die Gewinne landeten in andern Taschen.

(Abgeschlossen am 12. Mai.)

## Außenpolitik

Ungeachtet aller Protestdemonstrationen gegen das jedem Rechtsstaat ins Gesicht schlagende Gerichtsverfahren ließ der spanische Diktator Franco am 20. April den Gewerkschaftsführer Julian Grimau Garcia erschießen, da er Verbrechen während des spanischen Bürgerkrieges begangen habe und auch in neuester Zeit wieder im Untergrund tätig gewesen sei. Kein einziger Zeuge trat im Strafverfahren auf, keine Beweise wurden geliefert. Damit hat Franco höchst persönlich all diejenigen Lügen gestraft, die in Spanien den Beginn einer Liberalisierung hatten feststellen wollen.

Auch die fünften indisch-pakistanischen Gespräche, die am 22. April in Karachi begannen, endeten nach wenigen Tagen, trotz «freundschaftlichem Druck» der Amerikaner, völlig ergebnislos. Indien läßt sich unter keinen Umständen herbei, die 1947 versprochene Volksabstimmung in Kaschmir durchzuführen. Ob die am 15. Mai beginnende 6. Runde erfolgreich sei, darf bezweifelt werden.

Am 23. April starb in Israel, von allen betrauert, der israelische Staatschef Ishak Ben Zvi, der sich um den Aufbau des Staates bleibende Verdienste errungen hatte. Am gleichen Tage ernannte die CDU/CSU-Fraktion des deutschen Bundestages Wirtschaftsminister Erhard zum Kanzlerkandidaten. Bald schon erhielt er Gelegenheit, sich einiges von jenem Prestige zurückzugewinnen, das er in den Intrigen der letzten Jahre verloren hatte. Am 29. April brach nämlich in einem Teil der deutschen Metallindustrie ein Streik aus, da sich die Unternehmer in Lohnverhandlungen überaus hart zeigten. Auf die von der Gewerkschaft ausgerufenen Teilstreiks antworteten die Arbeitgeber mit der Aussperrung, einer Maßnahme, die seit 1928 nie mehr ergriffen worden war und die vielen Leuten plötzlich die Augen über die Natur der «sozialen Marktwirtschaft» öffnete. Nach harten Verhandlungen, in denen Erhard den Vermittler spielte, gelang es am 7. Mai, einen Kompromiß zu finden. Hatte die Gewerkschaft ursprünglich eine Lohnerhöhung von 8 Prozent für eine neunmonatige Vertragsdauer gefordert, die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung von 3,5 Prozent offeriert, so einigte man sich nun auf eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Prozent für ein Jahr; nachher soll eine weitere Erhöhung um 2 Prozent erfolgen, die für eine Dauer von sechs Monaten gelten soll. Die Arbeiter waren von diesem Ergebnis nicht hell begeistert, stimmten aber doch in den folgenden Tagen der Wiederaufnahme der Arbeit mehrheitlich zu. Das Prestige Erhards ist seither in Westdeutschland wieder spürbar gestiegen. Die SPD, die auf dem Wege zur Volkspartei ist, hielt sich möglichst außerhalb dieses Streiks.

Erstmals nach Kriegsende stimmte der Verteidigungsexperte der SPD, Fritz Erler, der Regierungskonzeption bei der Beratung des Verteidigungsbudgets in der Höhe von 18,4 Milliarden Franken zu. Er betonte, daß seine Partei die Bildung einer multilateralen Nuklearstreitmacht begrüße; außerdem lobte er die Amtsführung des neuen Verteidigungsministers von Hassel, der angenehm von seinem Vorgänger Strauß absteche. Hassel revanchierte sich, indem er erklärte, er selber könnte Eplers Rede gehalten haben, im übrigen aber betonte er, in der Verteidigungspolitik höchstens in Nuancen von der Politik von Strauß abzuweichen. Bei der Abstimmung enthielten sich die meisten SPD-Bundestagsmitglieder der Stimme, wenige stimmten dagegen. Dies deshalb, weil für die Grundlagen dieses Verteidigungsbudgets noch ein Mann verantwortlich ist, dessen Politik man nicht billigte. Man rechnet aber damit, daß die SPD den nächsten Verteidigungsbudgets auch in der Schlußabstimmung zustimmen wird. Wie sehr sich die SPD in den letzten Jahren gewandelt hat, beweist auch die Tatsache, daß sie Lassalle als ihren Gründer betrachtet und bei ihren diesjährigen Feiern «100 Jahre SPD» Karl Marx praktisch nicht erwähnt.

Die Wahlen in Italien vom 28. und 29. April endeten mit einem von niemandem vorausgesagten Sieg der Kommunisten und einem ziemlich starken Stimmenverlust der Christlichdemokraten. Die Nenni-Sozialisten stagnierten, die Sozialdemokraten und die Liberalen verzeichneten ebenfalls große Fortschritte, während die Neofaschisten und Monarchisten einige Prozente verloren.

Frankreichs Verteidigungsminister Meßmer orientierte die Öffentlichkeit Ende April über die kommende «Force de frappe». Ab 1963 werden die ersten Mirage IV verfügbar sein, die ersten Raketen mit Wasserstoffbomben zwischen 1968 und 1970. Vier U-Boote mit atomarem Antrieb und mit je 16 Raketen an Bord werden ab 1969 den Schwerpunkt der Atomstreitmacht bilden – falls die wirtschaftliche Kraft Frankreichs dazu ausreicht... Am 2. Mai wurde der Vertrag von Evian revidiert: Die Basen Frankreichs in Reggane für Atomversuche werden schon Ende 1964 geräumt, die Streitkräfte bei Constantine werden zurückgezogen, ein Fünftel der französischen Entwicklungshilfe dient der Entschädigung der exproprierten Franzosen. Man kann daraus ersehen, daß Frankreich mit Algerien in gutem Einvernehmen bleiben will, denn der Vertrag von Evian verschafft ihm einen respektablen Anteil am Saharaerdöl, so daß es in andern Dingen ruhig ein wenig nachgeben kann.

Anfang Mai begann in Moskau ein spektakulärer Spionageprozeß; die beiden Hauptangeklagten, der britische Geschäftsmann Greville Wynne – er beschuldigte den britischen Geheimdienst, ihn mißbraucht und dann unter



Druck gesetzt zu haben – und der Russe Oleg Penkowskij, ehemaliger Leiter der Auslandsabteilung der sowjetischen Kommission für wissenschaftliche Koordinierung, gaben ihre Spionagetätigkeit zu. Wynne wurde zu acht Jahren Gefängnis, Penkowskij zum Tode verurteilt. Eine ganze Reihe von britischen und amerikanischen Diplomaten wurden aus der Sowjetunion ausgewiesen, da sie in diese Spionageaffäre verwickelt waren.

Seit 7. Mai toben im amerikanischen Südstaat Alabama, besonders in Birmingham, üble Rassenkrawalle. Einige sture weiße Rassenfanatiker verwehren dort den Negern die primitivsten Rechte. Auf deren gewaltlose Protestmärsche hin antwortete die Polizei mit Verhaftungen von Frauen, Kindern und Männern. Die Lage spitzte sich so bedrohlich zu, daß Präsident Kennedy Bundestruppen nach Alabama fliegen ließ, die aber bis Mitte Mai erst rund um die Stadt herum bereitstehen sollen. Solche Zwischenfälle werfen die USA in ihrem Kampf um die Gunst der Entwicklungsländer immer wieder zurück. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund versucht Kennedy, hart durchzugreifen.

Im Nahen Osten gärt es trotz der Bildung der neuen VAR. Am 20. April wurde in Jordanien ein Aufruhr von Nasser-Anhängern niedergeschlagen, der aber zum Sturz der Regierung und zur Auflösung des Parlamentes führte. Die Amerikaner sind aber nicht gewillt, in dieser Region weiter Umstürze zuzulassen, nicht zuletzt aus Sorge um ihre dortigen Erdölquellen. Seit dem 8. Mai kam es auch in Syrien zu Unruhen. Nasserfreundliche Demonstranten wurden rücksichtslos zusammengeprügelt. Es gab einige Tote. Die Baathisten in der Revolutionsregierung üben nun nach dem Austritt der Nasser-Anhänger die Macht allein aus. Mit Sorge betrachtet Israel diese Vorgänge, denn seine Zukunft ist davon direkt bedroht, ist es doch das Ziel aller arabischen Bewegungen, den «Erbfeind Israel» auszurotten. Keine der Großmächte wagt es, sich eindeutig hinter das kleine, tapfere Land zu stellen, denn weder Rußland noch die USA wollen mit Aegypten und den andern arabischen Staaten größere Schwierigkeiten bekommen.

(Abgeschlossen am 14. Mai.)